

Herrn Ministerpräsident
Horst Seehofer
Bayerische Staatskanzlei
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80639 München

München, 09.02.2010

Reform der Landes- und Regionalplanung

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

der Freistaat Bayern überlegt, Landesplanung und Regionalplanung erneut einer umfassenden Reform zu unterziehen. Leitende Gesichtspunkte dabei sind die Themen Entbürokratisierung, Deregulierung und Kommunalisierung.

In diese Diskussion möchten wir uns für den Regionalen Planungsverband München und seine 196 Gemeinden, Märkte, Städte, Landkreise und Landeshauptstadt München einbringen.

1. Eine kommunal verfasste Regionalplanung ist unverzichtbar

Die derzeitige kommunal organisierte Regionalplanung durch den Regionalen Planungsverband München trägt viel zur positiven Entwicklung des Großraums München bei. Die Kommunen des Regionalen Planungsverbands München haben sich ein zukunftsweisendes Verkehrs-, Siedlungs- und Freiraumkonzept gegeben, an das sich über 90 % der kommunalen Planungen halten. Auch aufgrund der Arbeit des Regionalen Planungsverbands München ist die Region wirtschaftsstark, hat die Lebensqualität trotz hohen Siedlungsdrucks halten können.

Eine überörtliche regionale Abstimmung der Planungen (von Wirtschaft, Kommunen, und Staat) in der Region München ist angesichts der vom Freistaat Bayern prognostizierten Einwohnerzuwächse um ca. 200.000 bis 2028 unabdingbar. Die Verflechtungen im Verkehr und Siedlungswesen reichen über einzelne Kommunen und Landkreise hinaus. Die Region München ist die richtige Ebene, die räumliche Entwicklung zu koordinieren. Solche regionalen Konzepte und gemeinsame Entwicklungsleitlinien müssen aber kommunal getragen sein, und dürfen nicht verstaatlicht werden.

2. Der Regionale Planungsverband steht für Deregulierung und Entbürokratisierung

Bereits bei der zurückliegenden umfassenden Strukturreform der Landesplanung im Jahr 2005 wurden die Aufgaben der Regionalen Planungsverbände auf genuine Themen der Regionalentwicklung konzentriert: Verkehr, Siedlung und Freiraum, Bodenschätze, Einzelhandel, Freizeit und Erholung.

Der Regionale Planungsverband München überarbeitet derzeit das Konzept und sichert Flächen für den Abbau von Bodenschätzen und stimmt dabei die kommunalen Interessen mit denen der Wirtschaft ab. Wer sollte dies sonst machen? Daneben setzen wir das Landschaftsentwicklungskonzept in Normen des Regionalplans um, die eine langfristig attraktive Regionalentwicklung bewirken und die Region fit für einen möglichen Klimawandel machen.

Auch wir sehen einen großen Handlungsbedarf bei der Überarbeitung der landesplanerischen Regelungen zum Einzelhandel und bei dem Konzept der zentralen Orte. Zum LEP-Ziel Einzelhandel haben wir gemeinsam mit betroffenen kommunalen Spitzenverbänden Reformvorschläge erarbeitet, die Grundlage der derzeitigen Diskussion sind (siehe beiliegende Drucksache Nr. 04/09 des RPV München mit einem Vorschlag für ein unbürokratisches und sinnvolles Einzelhandelskonzept).

Die zurückliegende Strukturreform hat auch maßgeblich zur Entbürokratisierung der Regionalplanung beigetragen. Kleinere Gremien, Verlagerung der inhaltlichen Arbeit von der Verbandsversammlung weg zum Arbeitsgremium Planungsausschuss, stärkere Abgrenzung der Arbeit der Regierung von Oberbayern zum Regionalen Planungsverband sind dafür Beispiele.

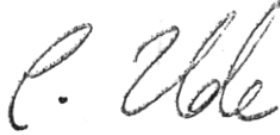
Der Regionale Planungsverband München trägt mit einem kleinen Budget viel zu einer positiven Entwicklung der Region und der verbindlichen Abstimmung der kommunalen Interessen untereinander, aber auch dem Interessenausgleich zwischen Kommunen, Wirtschaft und Staat bei. In der täglichen Arbeit hilft der Regionale Planungsverband München, wichtige Projekte in der Region München durchzusetzen (z. B. Ammerseegymnasium Diessen; Gewerbegebiet GADA Bergkirchen; Lebensmittelprojekte in kleineren Gemeinden, die sonst nicht genehmigt worden wären; weitere Baugebiete für den zukünftigen Bedarf von Wohnen und Gewerbe).

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir bieten Ihnen die Mitarbeit des Regionalen Planungsverbands München bei der Diskussion und der Erarbeitung von Vorschlägen für eine Strukturreform der Landes- und Regionalplanung gerne an. Dabei gilt aber auch: „Eine Abschaffung des Regionalen Planungsverbands München kommt nicht in Frage. Die Regionalplanung muss in kommunalen Händen bleiben. Eine völlige Verstaatlichung (auch in abgespeckter Form) verstieße gegen den Grundsatz der Subsidiarität und hätte mehr Staat statt weniger Staat zur Folge.“ (aus der einstimmigen Resolution der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands München am 09.12.2003).

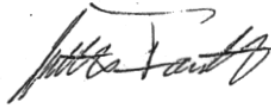
Wir stehen Ihnen für Rückfragen und Gespräche gerne zur Verfügung, ebenso der Geschäftsführer Breu.

Eine Kopie dieses Schreibens erhalten die Mitglieder des Regionalen Planungsverbands und der stellvertretende Ministerpräsident und Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Martin Zeil.

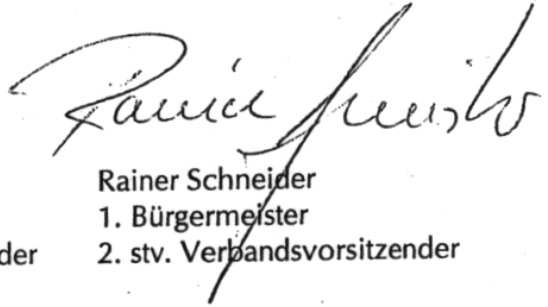
Mit freundlichen Grüßen



Christian Ude
Oberbürgermeister
Verbandsvorsitzender



Gottlieb Fauth
Landrat
1. stv. Verbandsvorsitzender



Rainer Schneider
1. Bürgermeister
2. stv. Verbandsvorsitzender